

DACHVERBÄNDE TREFFEN CALMY-REY

Die jüdische Schweiz und der Nahe Osten

Zum Gedankenaustausch mit Bundespräsidentin und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey traf sich diese Woche eine Delegation des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds und der Plattform der liberalen Juden der Schweiz.

VON GISELA BLAU

Das Gesprächsklima zwischen Bundespräsidentin und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey und der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz ist ausgezeichnet, wie man schon länger weiss. Gewisse Turbulenzen mit früheren Geschäftsleitungen des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) haben sich verflüchtigt, es wird sachlich in gegenseitiger Wertschätzung und angenehmer Atmosphäre diskutiert, und im Gegensatz zu früher sind Mitglieder der Plattform der liberalen Juden der Schweiz (PLJS) bei Gesprächen auf höchster Ebene in Bern immer mitbeteiligt, seit Herbert Winter SIG-Präsident ist. Micheline Calmy-Rey ist jeweils sehr gut vorbereitet und lässt sich von kompetenten Mitarbeitenden begleiten. Nach Möglichkeit trifft man sich zweimal jährlich, aber ganz sicher einmal pro Jahr.

Ein wichtiges Thema im letzten Austausch mit der Aussenministerin war, wenig überraschend, die Frage, ob Palästinenser im Herbst einen Antrag auf Anerkennung durch die Uno stellen würden, welche Palästinenser es sein würden und wie der Antrag lauten könnte. Die Bundespräsidentin sagte, was sie zu diesem Thema immer sagt: Sie und der gesamte Bundesrat warten ab, ob ein Antrag eingereicht wird, und wenn ja, welcher, bevor sie sich dazu äussert, wie sich die Schweiz verhalten solle.

Unterschiede zu Kosovo

Anfang nächster Woche befasst sich die Aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrats auch mit dieser Frage. Die APK des Ständerats tagte bereits diese Woche. Ihr Präsident, der St. Galler CVP-Ständerat Eugen David, sagte anschliessend, die APK sei mit dem Bundesrat ei-

nig, dass die Schweiz in der Frage einer eventuellen Anerkennung Palästinas durch die Uno vorderhand keine Position beziehen solle. Die Meinungsbildung sei weder in der Schweiz noch in der Uno bereits abgeschlossen. Namentlich gebe es noch keine verbindliche Meinungsbildung bei den Vetomächten des Uno-Sicherheitsrats, und auch in den EU-Staaten, so David, die gewöhnlich eine gemeinsame Aussenpolitik betreiben, verlaufe der Meinungsbildungsprozess unterschiedlich.

Die Situation sei für die Schweiz nicht vergleichbar mit der Anerkennung von Kosovo, führte David weiter aus. Die Schweiz habe damals einen verlässlichen Partner gebraucht, weil hier etwa 200'000 Kosovaren leben. Von diesen sind übrigens diese Woche gleich mehrere durch zwei ausgeführte und ein versuchtes Tötungsdelikt von der Polizei festgehalten worden, und ihre Taten verursachten laut einem Bericht im «Tages-Anzeiger» auch in Kosovo Entsetzen.

Humanitärer Ansatz

Die Aussenministerin erwähnte bei ihrem Auftritt vor der APK des Ständerats, dass sie eine Delegation der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz zum Gedankenaustausch getroffen habe. Eugen David wies in seinem Mediengespräch auf das Projekt hin, das Micheline Calmy-Rey am Herzen



MICHELINE CALMY-REY VOR DER UNO

Das Gesprächsklima zwischen der Bundespräsidentin und der jüdischen Gemeinschaft der Schweiz ist ausgezeichnet

lag, die «Genfer Initiative», die allerdings noch nicht umgesetzt sei.

Die jüdischen Besuchenden brachten bei der Bundespräsidentin auch das Schicksal des von der Hamas entführter und seit Jahren festgehaltenen israelischer Soldaten Gilad Shalit zur Sprache. Erbeten wird seit jeher nicht etwa eine direkte Rolle der Schweiz in Verhandlungen, sondern der humanitäre Ansatz, nämlich die sonst übliche Betonung der Verantwortung der Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen. Aus dieser Verpflichtung heraus könnte die Schweiz beispielsweise immer wieder mit Nachdruck darauf hinweisen, dass endlich wenigstens Delegier

